

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ute Bertram, Yvonne Magwas, Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Burkhard Blienert, Marco Bülow, Martin Dörmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 18/5091 –**

Zukunftsweisende Kulturpolitik im demografischen Wandel – Stärkung der Kultur im ländlichen Raum

A. Problem

Die Deutschen werden „älter, bunter und weniger“. Das stellen die Fraktionen der CDU/CSU und SPD in ihrem Antrag fest und fordern, dieser Entwicklung müsse sich die Kulturpolitik stellen und insbesondere im ländlichen Raum auf die demografischen Veränderungen reagieren. Die kulturelle Infrastruktur im ländlichen Raum müsse sich den neuen Bedingungen anpassen. Drei kulturpolitische Handlungsfelder seien besonders in den Blick zu nehmen: die Finanzierung der kulturellen Infrastruktur, Zielgruppen und Nutzer sowie die kulturelle Bildung.

B. Lösung

Die Antragstellerinnen und Antragsteller setzen sich dafür ein, Bedarf, Auslastung und Kosten kultureller Infrastruktur einer kritischen Analyse zu unterziehen. Dabei sollten nach Möglichkeit alle Akteure vor Ort eingebunden werden, kulturelle Stärken unterstützt und kulturpolitische Schwerpunkte gesetzt werden. Sie sprechen sich dafür aus, die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Altersgruppen bei kulturpolitischen Weichenstellungen zu berücksichtigen. Lebendige Kulturräume in ländlichen Regionen könnten Kristallisationspunkte für den regionalen Aufschwung werden. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD begrüßen ausdrücklich viele Programme und Aktivitäten der Bundesregierung und erwarten, dass die Bundesregierung ihre Demografiepolitik gemeinsam mit Ländern und Kommunen weiterentwickelt. Neue Arbeitsformen und Kooperationsmodelle sollten auch im kulturellen Sektor unterstützt werden.

Im Detail beziehen sich Forderungen unter anderem auf eine Öffnung bereits existierender Förderprogramme für kulturelle Projekte und verbesserte Informationen

darüber, auf vereinfachte Antrags- und Vergabeverfahren sowie auf eine Plattform, auf der erfolgreiche Modelle aus der Praxis vorgestellt werden. Die Bundesregierung soll ein Pilotprojekt für die kulturelle Bildung konzipieren und finanziell unterstützen, um praktische Erfahrungen bei der Vernetzung relevanter Akteure zu regionalen Bildungslandschaften zu nutzen und altersspezifische Angebote zu fördern. Interkulturelle Belange sollen berücksichtigt, die Kulturpolitikforschung verstärkt und die qualifizierte Besucherforschung weiterentwickelt werden.

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Alle Forderungen sollen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erfüllt werden. Details wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/5091 anzunehmen.

Berlin, den 25. September 2015

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Siegmond Ehrmann
Vorsitzender

Ute Bertram
Berichterstatterin

Burkhard Blienert
Berichterstatter

Sigrid Hupach
Berichterstatterin

Ulle Schauws
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ute Bertram, Burkhard Blienert, Sigrid Hupach und Ulle Schauws

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/5091** in seiner 109. Sitzung am 11. Juni 2015 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für Tourismus.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Deutschen werden „älter, bunter und weniger“. Dieser Entwicklung muss sich nach Auffassung der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auch die Kulturpolitik stellen und insbesondere für den ländlichen Raum Antworten auf die demografischen Veränderungen finden. Die kulturelle Infrastruktur im ländlichen Raum müsse sich den neuen Bedingungen anpassen. Drei kulturpolitische Handlungsfelder seien besonders betroffen: die Finanzierung der kulturellen Infrastruktur, Zielgruppen und Nutzer sowie die kulturelle Bildung.

In dem Antrag setzen sich die Fraktionen dafür ein, Bedarf, Auslastung und Kosten kultureller Infrastruktur einer kritischen Analyse zu unterziehen. Dabei sollten nach Möglichkeit alle Akteure vor Ort eingebunden werden, kulturelle Stärken unterstützt und kulturpolitische Schwerpunkte gesetzt werden. Sie sprechen sich dafür aus, die heranwachsende Generation ebenso wie die Generation 60plus kulturpolitisch in den Blick zu nehmen und die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Altersgruppen bei kulturpolitischen Weichenstellungen zu berücksichtigen. Lebendige Kulturräume in ländlichen Regionen könnten Kristallisationspunkte für den regionalen Aufschwung werden. Kulturpolitik sei in Zeiten des demografischen Wandels Standortpolitik, denn auch ortsansässige Unternehmen profitierten davon, wenn sie Fachkräfte an sich binden wollten und könnten durch privates Engagement zur Förderung des kulturellen Angebots vor Ort beitragen. Auch die Kirchen werden erwähnt. Ihre Ressourcen gelte es ebenfalls zu nutzen.

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD begrüßen ausdrücklich viele Programme und Aktivitäten der Bundesregierung und erwarten, dass die Bundesregierung ihre Demografiepolitik gemeinsam mit Ländern und Kommunen weiterentwickelt. Neue Arbeitsformen und Kooperationsmodelle sollen auch im kulturellen Sektor unterstützt werden.

Konkrete Forderungen beziehen sich unter anderem auf eine Öffnung bereits existierender Förderprogramme für kulturelle Projekte und verbesserte Informationen darüber, auf vereinfachte Antrags- und Vergabeverfahren sowie eine Plattform, auf der erfolgreiche Modelle aus der Praxis vorgestellt werden. Die Bundesregierung soll ein Pilotprojekt für die kulturelle Bildung konzipieren und finanziell unterstützen, um praktische Erfahrungen bei der Vernetzung relevanter Akteure zu regionalen Bildungslandschaften zu nutzen und altersspezifische Angebote zu fördern. Interkulturelle Belange sollen berücksichtigt, die Kulturpolitikforschung verstärkt und eine qualifizierte Besucherforschung betrieben werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss**, der **Sportausschuss**, der **Finanzausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie**, der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** und der **Ausschuss für Tourismus** haben in ihren Sitzungen am 1. Juli 2015 die Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der

CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN empfohlen. Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 1. Juli 2015 die Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage in seiner 39. Sitzung am 23. September 2015 beraten und Zustimmung zu dem Antrag auf Drucksache 18/5091 empfohlen. Für den Antrag stimmten die Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Die Fraktion DIE LINKE. stimmte gegen den Antrag. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielt sich der Stimme.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, gerade für die ländlichen Regionen stelle der demografische Wandel eine große Herausforderung dar. Wenn es gelinge, alle kulturpolitischen Akteure zu gemeinsamem Handeln zu bewegen, stünden die Chancen gut, die ländlichen Räume fit für die anstehenden Veränderungen zu machen. Kulturangebote bildeten für Unternehmen im Wettbewerb um Fachkräfte einen Standortfaktor von wachsender Bedeutung.

Der Antrag enthalte eine Reihe von auf die komplexe Situation zugeschnittenen Maßnahmen. Kulturpolitik sei zuerst Sache der Länder und die Hauptarbeit leisteten die Kommunen. Deshalb sei es wichtig, auf allen Ebenen zusammen zu agieren. Die Bundesregierung werde aufgefordert, ihre Demografiepolitik gemeinsam mit Ländern und Kommunen weiterzuentwickeln, um neue Arbeitsformen und Kooperationsmodelle zu unterstützen. Antragsverfahren und Fördersysteme sollten möglichst vereinfacht werden. Um den Überblick zu erleichtern, könne eine entsprechende Datenbank helfen. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werde die Bundesregierung beauftragt zu prüfen, wie die Bedingungen für das bürgerschaftliche Engagement weiter verbessert werden können. Dies bedeute nicht, dass staatliche Förderung verzichtbar sei. Dem trage die Bundesregierung Rechnung, die die Kommunen spürbar finanziell entlastet habe und die Mittel für die Kulturförderung im Bundeshaushalt erhöhe.

Soweit der Bund bereits erfolgreich Förderung betreibe, sollten solche Programme verstetigt werden. Dazu gehörten beispielsweise der neue Preis für inhabergeführte Buchhandlungen oder der Deutsche Musikinstrumentenpreis. Das Programm Invest Ost, das national bedeutsamen Kultureinrichtungen zugutekomme, der Denkmalschutz und der Bundesfreiwilligendienst gehörten ebenfalls in diesen Kontext. Die Fraktion der CDU/CSU zeige in dem Antrag, dass sie die Kulturpolitik als Chance auch für die Regionen jenseits der Metropolen begreife.

Die **Fraktion der SPD** bewertete den Antrag besonders positiv, weil es gelungen sei, sich einem Entwicklungsprozess wie dem demografischen Wandel und damit einem komplexen Politikfeld mit Analysen und Forderungen zu nähern, die der aktuellen Situation vollständig gerecht würden. Auf dieser Basis werde sich künftig aufbauen lassen. Es würden Spannungsverhältnisse beschrieben, die austariert werden müssten, etwa bei der richtigen Balance zwischen Ehrenamt und staatlichen Aufgaben.

Der Bund fördere die Kultur stark, die wesentlichen Träger der Kulturpolitik seien aber in den Kommunen zu finden. Dort werde in Zusammenarbeit mit den Ländern auch das meiste Geld für die Förderung der Kultur ausgegeben. Diese verschiedenen Rollen richtig zu gewichten, sei im vorgelegten Antrag gut gelungen. Ziel der Politik müsse es sein, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Teilhabe sei für die meisten Menschen bei der Entscheidung über ihren Wohn- und Lebensmittelpunkt eines der wichtigsten Kriterien. Die Kultur spiele in diesem Kontext eine sehr große Rolle und kulturelle Bildung sei ein wichtiger Faktor, um Teilhabe zu ermöglichen. Immer wieder werde die Bitte laut, alle Beteiligten stärker zu vernetzen, um Erfahrungen austauschen und voneinander lernen zu können. Auch hier setze der Antrag die richtigen Akzente.

Schließlich verwies die Fraktion der SPD darauf, dass die Kulturpolitikforschung einen prominenten Platz im Antrag gefunden habe. Die Forschung werde an Bedeutung gewinnen, deshalb sei dies sehr erfreulich.

Die **Fraktion DIE LINKE.** konstatierte hingegen, der Titel des Antrags beschreibe die Aufgabe zwar richtig, im Antrag gebe es aber nur wenige positive Aspekte. Kritisch zu bewerten sei vor allem die dem bürgerschaftlichen Engagement zugewiesene Rolle als Antwort auf die demografische Herausforderung speziell für den ländlichen Raum. Freiwilliges Engagement dürfe nicht missbraucht werden, um vor Ort notwendige und nachhaltige Infrastrukturen zu ersetzen.

Was die in der Kultur engagierten Akteure brauchten, seien Verlässlichkeit und langfristige Planungssicherheit. Das Problem des demografischen Wandels aufzugreifen sei richtig, allerdings seien die vorgeschlagenen Strategien kaum erfolgversprechend. Die Kommunen könnten den Erhalt der finanziellen Infrastruktur nicht mehr schultern. Es sei eine Debatte darüber zu führen, wieviel Kultur sich Deutschland leisten müsse und wie dieses notwendige Maß an kultureller Infrastruktur zu finanzieren sei. Gebraucht werde ein Kulturentwicklungskonzept. Darüber hinaus trat die Fraktion dafür ein, das verfassungsrechtliche Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern für das Politikfeld Kultur aufzuheben und über die Aufnahme eines Staatsziels Kultur in das Grundgesetz nachzudenken.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hielt das Anliegen des Antrags für berechtigt, seinen Grundansatz allerdings für falsch gewählt. Der demografische Wandel verändere nicht nur den ländlichen Raum, sondern ebenso die Städte, die Lage sei deutlich differenzierter zu betrachten. Auf die Situation ungleicher Entwicklung antworte der Antrag aber nicht. Kulturpolitik in Zeiten des demografischen Wandels zwingt zu einer Stärkung der Kommunen, die deutlich mehr Geld brauchten. Zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur in strukturschwachen Kommunen sei nachhaltige Unterstützung durch den Bund unabdingbar. In dem Antrag fehle eine kohärente Gesamtstrategie, auch wenn er mitunter in die richtige Richtung weise. Bürgerschaftliches Engagement sei von wachsender Bedeutung, könne aber nicht die einzige Antwort auf die Probleme sein. Es mangle an klaren Kenntnissen zu tragfähigen Strukturen mit ausreichender Finanzierung.

Jenseits dieser Kritik bleibe festzuhalten, dass in dem Antrag einige sinnvolle Projekte genannt seien. Außerdem fänden sich an anderer Stelle von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachte Ideen für eine bessere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD wieder. Deshalb enthalte sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Stimme.

Berlin, den 25. September 2015

Ute Bertram
Berichterstatlerin

Burkhard Blienert
Berichterstatler

Sigrid Hupach
Berichterstatlerin

Ulle Schauws
Berichterstatlerin

